

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Anas  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Gewerkschaften und die dritte Internationale

Der Kampf um die Internationale tobt in den sozialistischen Parteien aller Länder. Die II. Internationale ist infolge ihres Versagens im Weltkrieg erledigt. Von den Reformsozialisten ist sie wieder in Tätigkeit gesetzt worden, kann aber als Verbindung der revolutionären, sozialistischen Parteien nicht mehr betrachtet werden. Die III., die kommunistische Internationale ist im Werden begriffen und um den Eintritt und die Zulassung geht gegenwärtig der Kampf.

Eine Internationale, die die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen soll, kann nicht wieder eine Vereinigung sein, die sich mit Lippenbekenntnissen zufrieden gibt, die in kurzen oder längeren Zeiträumen ihre Lagungen abhält und beglückt von den gegenseitigen Versicherungen zufrieden nach Hause trölt, sondern es muß eine Verbindung sein, die ihre Glieder zur strikten Einhaltung der Beschlüsse verpflichtet, deren Kraft der Bindung nicht schon beim ersten nationalen Kummel vernichtet wird. Unter einer strikten zentralen Leitung, die genügend Autorität besitzt, damit auch ihren Arbeiten in den Ländern Folgschaft geleistet wird, können die Geschicke des Weltproletariats eine Förderung erfahren. Eine Internationale der Tat muß entstehen.

Die III. (Moskauer) Internationale hat Grundsätze aufgestellt, die in den meisten sozialistischen Parteien Sympathien erregen. Nur die Aufnahmebedingungen, die den sozialistischen Parteien in den Ländern, wo schon kommunistische Parteien bestehen, gestellt werden, haben eine große Meinungsverschiedenheit ausgelöst. Die auszufragen, ist Sache der politischen Parteien. Die Gewerkschafter haben an dieser Sache aber noch ein besonderes Interesse, da die Bedingungen besondere Verpflichtungen in der Gewerkschaftsfrage fordern. Ausgedrückt sind sie in Punkt 9 und 10 der Aufnahmebedingungen und lauten:

9. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehörenden angehört, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Wert der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

Nach Abschnitt 9 müssen in den Verbänden „kommunistische Zellen“ gebildet werden, mit anderen Worten, die kommunistische Fraktion oder die Organisation in der Organisation wird entstehen. Der Versuch, eine Fraktion, die in ihrer Form der kommunistischen entsprechen würde, zu gründen, wurde im Anfang dieses Jahres von den Rechtssozialisten unternommen, durch den konsequenten Einspruch des Vorstandes aber unterbunden. Es wurde damals allgemein erkannt, daß diese Gründung die Vorstufe der Spaltung sei. Jetzt wird die Fraktionsbildung, als Bedingung gefordert. Was die eine Fakultät nun fordert, kann der andere nicht mehr verweigert werden. So werden die führenden Personen der Verbände zwischen den um die Macht ringenden Fraktionen hin und her gezerrt. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Verbände ihre Statuten von den Verbandstagen erhalten, in deren Rahmen die Funktionäre zu arbeiten haben. Zur Änderung der Statuten gehört Zweidrittelmajorität, während die Funktionäre nur mit einfacher Majorität gewählt werden können. So kann es auf dem nächsten Verbandstag kommen, daß kommunistische Funktionäre gewählt werden. Zur Änderung der Statuten reicht die Stimmzahl aber nicht aus, dann müssen die neuen Männer ebenfalls im Sinne der Statuten ihre Tätigkeit ausüben, die großen Hoffnungen werden nicht erfüllt, ebenso wenig wie die Phrasen in der Praxis realisiert werden können. Das Abhängen beginnt von neuem. Vielleicht lassen dann die Kritiker den neuen Männern mehr Gerechtigkeit widerfahren, als dies gegenwärtig gegenüber den verlästerten „opportunistischen U.S.P.-Männern“ geschieht.

Die Bildung der „Zellen“ oder Fraktionen muß notwendigerweise zu Ketzerien im Verband führen, die zur Lähmung der Stoffkraft beitragen und letzten Endes zur Spaltung treiben. Es ist das alte Recht einer Partei, von ihren Anhängern in den Gewerkschaften zu verlangen, im Sinne ihrer Parteianforderungen zu wirken. Dies Recht soll nicht beschnitten werden, ob aber die Bildung festgeschlossener Fraktionen das geeignete Mittel ist, ist mehr denn fraglich. Während der Lagungen ist es notwendig, daß die Anhänger der verschiedenen Richtungen sich zur Stellungnahme und Aussprache zusammenfinden. Auch auf unserm letzten Verbandstag ist dies geschehen. Hat der Kongress dann seine Beschlüsse gefaßt, so sind sie bindend für Funktionäre und Mitglieder und die Überwachung der Ausführung Recht und Pflicht eines jeden Mitgliedes. Mit welchen Aufgaben die Zellen sich in der Zwischenzeit befassen werden, ist für den Kenner der Verhältnisse heute schon klar. Das angekündigte „Antlawen“ läßt allerlei Schlüsse zu.

Der Abschnitt 10, welcher zum Bruch mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auffordert, ist reichlich unklar gehalten, zeugt von sehr wenig Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Sie wird die gelbe genannt. Sinowjew geht noch weiter seiner Schrift „Die Lagefragen der internationalen Arbeiterbewegung“. In einer sonderbaren Fäulung gebraucht er den Ausdruck die „freigegebenen“ Gewerkschaften. Wohl wird versucht, diesen Ausdruck einen anderen Sinn zu unterlegen, es sollen damit die opportunistischen Gewerkschaften bezeichnet werden. Die Benennungen sind Farben sind internationale Übereinkünfte und unter gelb sind von Unternehmern ausgeschalteten Arbeitergewerkschaften zu verstehen. Die Taktik der herrschenden Richtung in der Gewerkschaftsinternationale kann keinen revolutionären Sozialisten befriedigen, über besteht kein Zweifel; den Vorwurf des „Selbsthins“ zu erheben, ist ungerecht, zumindest eine Verleumdung der Arbeitsmöglichkeit. Die Amsterdamer haben in letzter Zeit Parolen an das inter-

nationale Proletariat herausgegeben, die, wenn sie restlos befolgt worden wären, dem kämpfenden und leidenden Proletariat und nicht zu allererst Sowjetrußland Erleichterungen gebracht haben würden. Da aber die Kraft des internationalen Proletariats nicht einmal zur Erfüllung dieser Parolen ausreichte, sollte schon etwas mit ungerechten Urteilen zurückgehalten werden.

Nach den Bedingungen der III. Internationale ist eine rote Gewerkschaftsinternationale zu gründen. Die auf dem Boden der kommunistischen Beschlüsse stehenden Gewerkschaften haben sich ihr anzuschließen. Dies bedeutet die Zerziehung der nationalen Gewerkschaftsfront. In Deutschland sind die freien Verbände zusammengeschlossen im Gewerkschaftsbund, dieser wiederum ist der Amsterdamer Internationale angegeschlossen. Nach den bisherigen Ergebnissen der Verbandstage der verschiedenen Gewerkschaften ist es wohl möglich, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress des U.S.P. mit der Arbeitgemeinschaft und sonstigen Verirrungen zu brechen, aber ein Stellen auf dem Boden der kommunistischen Beschlüsse ist kaum zu erwarten. Sollen die Beschlüsse der kommunistischen Internationale durchgeführt werden, so muß der Bund gesprengt werden. Angenommen, der Metallarbeiter-Verband macht sich die Beschlüsse zu eigen und schließt sich der roten Internationale an, dann steht er isoliert in Deutschland da. Ober sind die Befürworter der Meinung, daß der Verband zwei Herren gehorchen kann? Einmal der „roten“ und zum anderen der „gelben“ Internationale durch den U.S.P. Der heutigen Führung im Bund wird niemand eine Träne nachweinen, doch die Zerziehung der deutschen Gewerkschaftsfront ist eine Katastrophe für das deutsche Proletariat. Die Revolutionierung der deutschen Gewerkschaften ist möglich und damit kann auch der Gewerkschaftsbund auf eine andere Basis gebracht werden, aber der vorgeschlagene Weg ist technisch gar nicht durchführbar. Die nationale Zusammenfassung der Gewerkschaften ist heute notwendiger denn je, durch die Bedingungen wird sie zerrissen zum Schaden der Bewegung.

Die Frage der Säuberung der Reihen in den Gewerkschaften von den reformistischen und opportunistischen Elementen und ihre Erziehung durch bewährte Kommunisten ist eine der beachtenswertesten. Vielumstritten war die Führerfrage schon immer. Wo Demagogen die Massen falsche Wege führten, ihnen durch ihre unverantwortliche Handlungsweise schweren Schaden zufügten, brachten sie zu ihrer eigenen Rechtfertigung es fertig, einen Sündenbock zu suchen, und der war in allen Fällen der Gewerkschaftsangehörige. Die trübsten Erfahrungen wurden gesammelt und wohl auf keinem Gebiet gesehen größere Ungerechtigkeiten als in der Beurteilung der Tätigkeit der Verbandsfunktionäre.

Der letzte Verbandstag der Metallarbeiter hat versucht, Klarheit in der Führerfrage zu schaffen. Die Kriegspolitik und das selbständige Handeln der Instanzen über die Mitgliedschaft hinweg, das Eingehen von folgenschweren Verbindungen, wie die Arbeitsgemeinschaft, hatten einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die für diese Politik verantwortlichen Führer wurden zur Rechenschaft gezogen und wegen der Instanzenpolitik, dieses Diktums von Führern, von den verantwortungsvollen Posten entfernt. Als oberster Grundsatz wurde aufgestellt die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder, weitgehendste Selbstverwaltung der einzelnen Mitgliedschaften. Das Statut, aufgestellt und beschlossen von dem Verbandstag als dem Willensausdruck der Gesamtmithliedschaft, ist von jedem Mitglied wie Funktionär unbedingt einzuhalten. Die Angestellten sind nur die Ausführer des Willens der Mitgliedschaft, die im vollen Pflichtbewußtsein im Interesse des Proletariats zu wirken haben. Sie sind nicht auf Lebenszeit mit ihren Funktionen betraut, sondern haben sich periodisch zur Wiederwahl zu stellen und Rechenschaft für ihre Handlungsweise abzulegen. So ist der Mitgliedschaft das weitgehendste Recht auf Kontrolle der Führer zugestanden. Wenn von diesem Recht wenig Gebrauch gemacht wurde, so nur deshalb, weil die Argumente, die kolportiert wurden, in den meisten Fällen nur halblöse Verdächtigungen waren, die keiner ernsthaften Prüfung standhielten.

Nach der kommunistischen Taktik wird dies jetzt anders. Die offene Diktatur der Führer über die Massen wird gepredigt. Jede Kritik der Tätigkeit der führenden Personen ist unterbunden, alles, was von oben kommt, muß kritiklos geschluckt werden. Die Redakteure unterstehen direkt der Parteileitung, sie haben nur die geistige Meinung der Oberen zu bringen. Ist der Redakteur ein Mensch, der das Recht der freien Meinung noch achtet und sich nicht zum gebundenen Kintenkuli herabwürdigen läßt, so wird er bei der nächsten „Säuberung“ aus den Reihen der Erleuchteten gestrichen. Das gleiche Schicksal wird auch denjenigen Kollegen im Betrieb treffen, der eine andere Meinung von den Notwendigkeiten hat, er fällt der geheimen Fene erbarungslos zum Opfer. Die berühmte „Säuberung von einschleichenden Kleinbürgerlichen Elementen“ ermöglicht ja, alle Mitglieder auf bloße Verdächtigungen hin abzuschließen. Das standalöse „Sich-freiwilbig-ausserhalb-der-Partei-stellen“ der Rechtssozialisten während des Krieges erlebte die Wiederholung. Allerdings, Bauer, das ist etwas anderes!

Die Reaktion rüffel zum Schlag, hat ihn zum Teil schon gegen einzelne Mitgliedschaften geführt und in die Reihen der Gewerkschafter wird der Spaltplatz getragen, der Willkür für und Tor geöffnet. Es ist notwendig, daß das Proletariat sich endlich einmal auf seine Pflicht besinnt, sich nicht fortgesetzt durch Organisationswirren von seinen Aufgaben abbringen läßt. Der lachende Dritte ist die Reaktion. Besonders der Metallarbeiter-Verband wurde in seiner Tätigkeit gehemmt, auf seinem Boden wurden die Käteviren ausgezerrt und aller Voraussicht nach wird er auch wieder das Versuchskaninchen der neuen Taktik sein. Als Gewerkschafter haben wir zu prüfen, ob der Verband weitere Wirren noch ertragen kann. In der jetzigen politischen wie wirtschaftlichen Situation müssen wir uns vor einer Schwächung der Gewerkschaften hüten. Nicht die Führer waren schuld, wenn es nicht vorwärts ging, sondern die Massen, die zu leicht geneigt waren, sich von Demagogen auf Irwege führen zu lassen. Mit Ruhe und Besonnenheit muß das Für und Wider erwogen werden. Wir können es nicht auf Experimente und Versuche ankommen lassen, dazu ist die Zeit zu erst und die Entwicklung drängt. Stündlich können uns die Verhältnisse zum Handeln zwingen, dann heißt es, einig und geschlossen zu sein. Das letzte geschlossene Wortwort des deutschen Proletariats, die Gewerkschaften dürfen nicht zerrissen werden.

Eine gewisse Klarheit über das Rätesystem schaffen die Grundsätze der III. Internationale. In der nächsten Nummer der M-Z werden wir näher darauf eingehen.

### Die Gruppeneinteilung der Betriebsräte innerhalb der Metallindustrie

Nach den Richtlinien, die für die Betriebsräte innerhalb unserer Organisation gelten, erfolgt die drückliche wie bezirkliche Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriegruppen. Daselbe gilt für das Reich. Es ist nun notwendig, dieser Zusammenfassung nach Industriegruppen eine einheitliche Unterlage zu geben. Der Vorstand und engere Beirat unseres Verbandes haben sich daher mit der Gruppeneinteilung beschäftigt und schlagen den Kollegen folgende Einteilung nach Industriegruppen vor:

1. Hüttenbetrieb.
  1. Gemischte und Hochofenbetriebe.
  2. Stahl-, Walz- und Presswerke (Kaltwalzwerke, Stanz-, Zieh-, Schweißwerke, Walz- und Fräsongierereien).
  3. Metallhütten- und Metallwalzwerke (Wet-, Zint-, Kupfer-, Silber- usw.), Erzhütten- und Walzwerke, Rabel, Seile.
  4. Gießereien.
2. Fahrzeugindustrie.
  5. Schiffbau.
  6. Waggobau und Eisenbahnbedarf (Eisenbahn- und Straßenbahnwaggons, Feldbahnen), Lokomotivbau.
  7. Automobil-, Luftfahrzeug- und Fahrradbau (Wagen- Feuerlöschgerätewagen und sonstige Fahrzeuge), Rechenmaschinen-, Schreibmaschinen- und Nähmaschinenbau, Kontrollkästen, Verkaufsaufbauten, Kugel- und Kugellagerfabrikation.
  8. Großmaschinen- und Dampfesselbau (Turbinen, Dampfmaschinen, Motoren ausschließlich Elektromotoren), Bagger, Krane, Hebezeuge, Transportvorrichtungen, Wellröhren, Aderhölzer, Dampfentwickler, Sieberöhren.
  9. Landwirtschaftliche Maschinen (auch für Mühlenbau), Maschinen für Brennereien, Brauereien, chemische Industrie usw.
  10. Werkzeugmaschinen für alle Industrien, wie Papiere-, Buchdruck-, Textil-, Holz-, Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitungs-maschinen.
3. Metallverarbeitung.
  11. Metallgießereien, Wohn- und Geschäftshäuserneuerungen, Erz- und Gießereien, Zintgießereien, Zinngießereien, Lampen- und Beleuchtungsgegenstände, Armaturen, Schiffs- und Bildgießereien, Gärleeren, Abgischen, Metallien, Aluminiumwaren, Metallschleiferen.
  12. Nieten, Schrauben, Muttern, Stifte, Flanschen etc., Fittings.
  13. Kurzwaren, Haushaltartikel, Herde, Ofen und Metallmöbel, Beschläge, Kleinfertigung, Schloßfabriken, Waffen und Munition, Haushaltmaschinen, Vakuumgefäße, Metallpapier, Stanoli, Spielwaren, Druckknöpfe, Olets, Ofen und Agraffen, Bekede, Kunstschmiedearbeiten, Ketten-, Unter- und Gefen-schmiede, Sensen-, Haus-, Bildel- und Sg-aufschliffen, Latel- und Küchengeräte, Drahtwaren, Schneidwaren, Uhrenindustrie.
  14. Edelmetall- und Bijouterie-Kunstgegenstände (auch Edel- und Halbedelsteine), Gold-, Silber- und Bijouteriewaren, Gold-, Silber- und Metallschlägereien, Schmuckwaren aus unedlen Metallen.
  15. Gmälterwerke, Verzinkereien, Blechemballagen (auch Fässer), Blechwaren.
  16. Eisenkonstruktionen, Brückenbau, Brunnenbau, Schächbau, Tiefbohrungen, Geldschänke, Kassetten, Wauschlösser.
4. Elektroindustrie.
  17. Stromerzeugungsmaschinen, Elektromotoren, Bau von elektrischen Bahnen und Lichtzentralen, Installation, Kabel.
5. Feinmechanik.
  18. Zeitmeß- und Musikinstrumentenbau (Spielautomaten, Sprechapparate), Harmonikainstrumente.
  19. Feinmechanische Instrumente (Kleinmaschinenbau), mathematische, physikalische, orthopädische, chirurgische, chemische, optische, photographische, medizinische, Start- und Schwachstromapparate und Instrumente.
6. Klein- und Handgewerbe.
  20. Guß- und Wagenschmiede.
  21. Herstellung von Heizungsanlagen (Heizungsmonteur, Rohrleger und Helfer).
  22. Verfertigung von Blechableitern, Ornamentenfabrik, Baukempner, Installateure von Gas- und Wasserleitungen, Feilenhauer, Graveure und Ziseleure.

Diese Gruppeneinteilung sieht 7 Haupt- und 22 Untergruppen vor. Es wird keine Vertikale innerhalb unserer Verbandes geben, für die alle 22 Untergruppen in Frage kommen. In der Praxis wird so verfahren werden, daß die Betriebsräte eines jeden Ortes ihre Gliederung nach Industriegruppen vornehmen entsprechend den einzelnen Industriezweigen, die die Metallindustrie am Orte aufweist. Im allgemeinen ist so zu verfahren, daß die Betriebsräte der einzelnen Untergruppen — wie hier aufgeführt — eine engere Verbindung herbeiführen, für jede Untergruppe einen Obmann wählen und diese Obleute der einzelnen Untergruppen bilden die drückliche Kommission der Betriebsräte. Kommt für den einzelnen Ort in der einen oder anderen Untergruppe nur ein einzelner Betrieb in Betracht, so kann auch eine Zusammenlegung mit einer verwandten Gruppe erfolgen. Die Zweckmäßigkeit soll entscheiden.

Es muß den Betriebsräten sowohl in den einzelnen Untergruppen wie allgemein ausreichende Gelegenheit gegeben werden, zusammenzukommen, die sie betreffenden einzelnen Fragen, Aufgaben usw. durchzusprechen, wie eine gründliche Weiter- und Durchbildung vorzunehmen, die sie instand setzt, alle an sie gestellten Aufgaben zu erfüllen. Im gleichen Sinne wie am einzelnen Ort soll in jedem Bezirk unseres Verbandes verfahren werden. In allen Bezirken finden in den nächsten sechs Wochen Bezirkskonferenzen der Betriebsräte statt, in denen u. a. von den Delegierten für jede der im Bezirk in Frage kommenden Untergruppen ein Mitglied in die Bezirkskommission der Betriebsräte zu wählen ist. Die Kommissionsmitglieder aus den 17 Bezirken unserer Organisation wählen wiederum für jede Untergruppe ein Reichsbeiratsmitglied der Betriebsräte.

Bei dieser organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte weisen wir erneut auf die Richtlinien unseres Verbandes (siehe die Bestimmungen unter A, B und C) hin. Ungeändert und auf der ganzen Linie muß Hand an Werk gelegt werden, um den Aufgaben der Betriebsräte gerecht zu werden.

### Beitragsleistung für die Organisation

#### Ein Reformvorschlag.

Die Festlegung des Verbandsbeitrages hat auf früheren Generalversammlungen immer Anlaß zu großen Auseinandersetzungen gegeben. Als die ersten Erhöhungen beantragt wurden, gingen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit „hoher“ Verbandsbeiträge (20 % die Woche) weit auseinander. Die eine Richtung glaubte, mit geringen Beiträgen die große Mehrzahl der Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, die andere Richtung hoffte dies von hohen Beiträgen und entsprechenden Mehrleistungen der Organisation.

Die Beiträge wurden dann von Generalversammlung zu Generalversammlung erhöht, Unterstützungsleistungen eingeführt. Die Organisation hat dadurch nachgewiesenermaßen an Größe und innerer Festigkeit gewonnen.

Aber der Beitragshöhe war immer eine bestimmte Grenze gezogen. Ein großer Teil der Arbeiter war leider noch nicht organisiert und konnte die Organisation in ganzen Bezirken keinen Eingang finden. Die Lohnverhältnisse waren dort naturgemäß schlechte und so war bei einem Teil der Mitglieder die Beschränkung vorhanden, daß bei zu hohen Beiträgen die organisatorische Kraft der Organisation verloren geht und daß Mitglieder mit zu geringen Verdiensten aus der Organisation austreten.

Aus diesen Gründen heraus lehrte auf einer großen Anzahl Generalversammlungen der Antrag wieder, sogenannte Staffelleistungen einzuführen. Die Beitragshöhe der einzelnen Mitglieder sollte sich nach dem Verdienst richten, wobei allerdings nicht die Mitglieder mit hohen, sondern zur Hauptsache die mit niedrigeren Verdiensten ins Auge gefaßt waren, so daß die Einführung der Staffelleistungen auf eine Beitragshöhe herabsetzung hinausgekommen wäre.

Der Einführung von Staffelleistungen standen aber auch große Schwierigkeiten entgegen. Wie sollte für die einzelnen Mitglieder, bestimmte Bezirke oder Branchen, die Beitragshöhe festgesetzt werden? Innerhalb der einzelnen Bezirke, Branchen usw. waren die Verdienste so verschieden, daß wenn für dieselben ein bestimmter Beitrag festgesetzt worden wäre, das Ziel doch nicht erreicht wurde, daß die Mitglieder mit geringen Verdiensten einen niedrigen und die anderen einen hohen Beitrag zahlten. Die Ungleichheit wäre bestehen geblieben. Die Staffelleistungen fanden dann in einer ganz mühen Form Aufnahme, waren aber so wirkungslos, daß sie bald wieder in Fortfall kamen und nur die schon früher bestandene Staffellung für Lehrlinge, Jugendliche, Arbeiterinnen und Invaliden bestehen blieb.

Nun hat die Revolution mit einem Schlag den Gewerkschaften an Macht und Größe einen ganz anderen Umfang gegeben. Die Organisation ist in fast jeden Betrieb eingedrungen und hat in Bezirken, wo sie früher so gut wie nicht vorhanden war, festen Fuß gefaßt. Ein Revolutionsgewinn, den man auch als erfreulich bezeichnen kann.

Die Organisation konnte nun für ihre Mitglieder ganz außerordentliches leisten.

Da hat der Vorstand, nachdem die Generalversammlung in Stuttgart den Beitrag um ein geringes erhöht hat, den erfreulichen Schritt getan und mittels Abstimmung eine weitere Beitragserhöhung durchgeföhrt. Daß aber die neuen, erhöhten Beiträge den Verhältnissen nicht im geringsten entsprechen, ist für jeden Einsichtigen klar. Weiter stehen die Beiträge in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen der Organisation den Mitgliedern gegenüber.

Nur einmal die rein materielle Seite betrachtet. Die organisierte Metallarbeiterchaft hat mit Hilfe der Organisation eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer Verdienste erzielt, wenn auch der Verdienst bei weitem noch nicht die notwendige Höhe erreicht hat. Es kann wohl ruhig als Mindestmaß angenommen werden, daß der Mehrverdienst, der mit Hilfe der Organisation erzielt wurde, die Stunde im Durchschnitt 1,50 M beträgt. Das ist natürlich keine genau berechnete Zahl, aber es gibt noch Betriebe mit keiner oder schlechter Organisation und dort sind die Verdienste im allgemeinen 1 M niedriger als in den übrigen Betrieben. Daß die Arbeitgeber in Anbetracht der Lenkung von selbst die Löhne freiwillig oder der Not gehorchend erhöhen mußten, ist selbstverständlich. Aber wenn wir sehen, mit welcher Fähigkeit und Ausdauer die Verbandsvertreter kämpfen mußten und mußten, um das zu erreichen, was erreicht worden ist, so ist der Betrag von 1,50 M Mehrverdienst die Stunde, den man auf das Konto Leistung der Organisation buchen kann, keineswegs zu hoch. Diese 1,50 M ergibt pro Woche einen Mehrverdienst von rund 7 M oder rund 3600 M pro Mitglied und Jahr, also für die Gesamtmitgliedschaft von rund 1.600.000 einen Mehrverdienst im Jahre von rund 6 Milliarden Mark. Das ist der rein materielle Vorteil in bezug auf Lohnerhöhung, ohne die anderen Leistungen, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, die Vorteile der Unterstützungsleistungen usw. Diese rein materielle Vorteile, ohne die idealen Gründe der Organisationsnotwendigkeit, zeigen, daß die Höhe des Verbandsbeitrages in keinem Verhältnis zu den Leistungen der Organisation den Mitgliedern gegenüber steht. Eine weitere Beitragserhöhung muß unbedingt eintreten.

Da ist nun die Frage aufzuwerfen, ob die Art der Festlegung der Verbandsbeiträge noch die richtige ist. Ich glaube, dies verneinen zu müssen. Wenn der Verband im Interesse der Arbeiterschaft die Konjunktur ausnützen will, muß er die Beiträge erhöhen und muß sich die

Beitragsleistung nach dem Verdienst der Mitglieder richten. Der Einführung von Staffelleistungen, die ich früher auf das heftigste bekämpft habe, möchte ich das Wort reden. Die Grundlagen und Voraussetzungen, die früher fehlten, sind jetzt gegeben. Maßstab soll sein, einen Stundenlohn als Verbandsbeitrag zu setzen.

Wir haben heute für den weitaus größten Teil der Mitglieder Tarifverträge. In denselben ist der Stundenlohn aller Berufsgruppen geregelt. Diese Verträge erstrecken sich nicht mehr früher auf einzelne Betriebe oder Branchen, sondern zum Teil über ganze Verwaltungskreise und auch Bezirke mit mehreren Verwaltungskreisen. Der tarifliche Grundlohn, den das Mitglied hat, der Verdienst kann ja höher sein, soll den Verbandsbeitrag für das Mitglied bestimmen. Nachstehend ein Beispiel: Es werden Beiträge eingeführt zu 50 %, 1 M, 1,50, 2, 2,50 usw. bis 8 M. Beträgt der Grundlohn 3,90 M, dann der Beitrag 3,90 M usw.

Die Höhe der Beiträge wird von der Verwaltung auf Grund der bestehenden Tarifverträge und in diesen festgelegten Grundlöhne für die einzelnen Berufsgruppen und Altersklassen festgesetzt.

Die Kontrolle über die richtige Beitragszahlung liegt zur Hauptsache in den Händen der Arbeiterratsmitglieder und in den Kleinbetrieben in den Händen der Betriebsobstene. Weitere Kontrollvorrichtungen lassen sich noch schaffen und braucht im Rahmen dieses Artikels auf dieselben nicht eingegangen zu werden.

Wenn die Möglichkeit offen bleibt, daß sich eine Anzahl Mitglieder von der richtigen Beitragszahlung drückt, so steht diese Wirkung in keinem Verhältnis zur ganzen Beitragsleistung der Gesamtmitgliedschaft.

Die Frage der Erhebung von Lokalleistungen müßte auch hierbei geklärt werden. Meiner Meinung nach müßten die Lokalleistungen in Wegfall kommen. Die Lokalleistungen erhalten einen entsprechenden Anteil aus den Beiträgen der Hauptklasse. Die Unterstützungen aus lokalen Mitteln kommen in Wegfall und werden dafür die Unterstützungsleistungen der Organisation ausgeführt.

Die Unterstützungen richten sich dann selbstverständlich nach den geleisteten Beiträgen. Das läßt sich ohne Unterlagen nicht berechnen. Die Grundfrage wäre aber, um ein Beispiel anzuföhren, folgende:

Ein Mitglied hat vom Tage der Gewerkschaftenmeldung, 52 Wochen zurückgerechnet, 192,40 M an Beiträgen entrichtet. Das ist die Woche 3,70 M. Diese 3,70 M bilden die Grundlage zur Unterstützung und erhält das Mitglied, je nach Mitgliedschaftsdauer, den 6., 7. oder 8fachen Betrag dieses Durchschnittsbeitrages vom letzten Jahre. Ähnlich würden die anderen Unterstützungen zu berechnen sein.

Vorstehendes soll eine Anregung sein, zur Frage der Art der zukünftigen Verbandsbeitragsfestlegung Stellung zu nehmen.

Die Generalversammlung in Stuttgart hat die Kampfziele unserer Organisation erweitert. Zur Erreichung dieser Ziele werden wir noch manchen großen gewaltigen Kampf durchzuföhren haben. Wenn wir uns auf diese Kämpfe vorbereiten wollen, müssen wir Munition sammeln. Munition ist für uns Geld, Geld und abermals Geld.

Die Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation hat festen Fuß gefaßt und ist nicht zu bezweifeln, daß der Verband bei Festlegung richtiger Beiträge irgendwelchen Schaden erleidet.

Darum im Interesse der Mitgliedschaft ans Werk und den Verband auf eine gesunde finanzielle Grundlage gestellt!

Friedrich Föllner (Herborn).

### Die Wirtschaftslage im Monat August

Zweifellos ist die Wirtschaftskrise, die seit einigen Monaten eingeleitet hat, noch nicht überwunden. Immerhin macht sich schon auf einigen Gebieten ein Umschwung bemerkbar, der zum Teil zu Preissteigerungen geführt hat. Vor allem wird eine steigende Nachfrage auf dem Rohisenmarkt und in der Textilindustrie festgestellt. Über die Lage des Eisenmarktes berichtet der Mitarbeiter des Berliner Tageblattes folgendes:

Auf dem Rohisenmarkt bleibt die Nachfrage weiter sehr groß, nachdem vor der letzten Preisermäßigung für Rohisen die Verbraucher mit der Deckung ihres Bedarfs etwas zurückgefallen hatten. Der Rohisenverbrauch ist gegenwärtig nicht in der Lage, allen Anforderungen der Verbraucher gerecht zu werden, da die Rohisenverzehrung infolge der Stilllegung verschiedener Hoheöfen wegen Kohlenmangels fortgesetzt noch eine Verringerung erfährt. Auf dem Schrottmarkt ist dagegen nur vorübergehend eine leichte Belebung des Geschäftes eingetreten, die verschiedentlich auch zu einem Anziehen der Preise geführt hat. Bei den großen vorhandenen Schrottmengen, die zudem durch die Unbrauchbarmachung von Kriegsmaterial immer mehr zunehmen, war auch mit einer anhaltenden Verringerung des Schrottmarktes nicht zu rechnen. In der Tat werden denn auch gegenwärtig im Schrotthandel für Kernschrott kaum höhere Preise als 500 bis 600 M für die Tonne erzielt. Die Schrottverbrauchenden Werke üben große Zurückhaltung aus und bieten noch niedrigere Preise.

Auf dem Markt für Halb- und Fertigfabrikate ist das Geschäft sehr still. Die Verbraucher beobachten weiter eine starke Zurückhaltung gegenüber neuen Abschlüssen, zumal der Handel viel-

fach noch mit alten Vorräten zu niedrigeren Preisen an den Markt kommt. Verhältnismäßig am besten ist noch die Beschäftigung der Werke in Stabeisen und Grobblechen. In Stabeisen verlangen die Werke immer noch größere Lieferpreisen, da die Werke gerade in Stabeisen noch in erheblichem Umfang für die Ausfuhr arbeiten. Die starke Beschäftigung der Grobblechwerke, die so weit geht, daß das Sachverständigenamt einstellend keine neuen Aufträge herbeimittelt, ist neben der großen Anforderungen der heimischen Schiffswerften, die immer noch mit neuen Aufträgen herauskommen, zum großen Teil auch auf große Auslandsaufträge zurückzuführen. Der Bedarf an Feinblechen ist jetzt sehr zurückgegangen, weil besonders die Blech verarbeitende Industrie von der im Ausfuhrgeschäft eingetretenen Stodung betroffen wird. Infolgedessen kommt es gerade in Feinblechen zu starken Preisunterbietungen, die noch dadurch gefördert werden, daß aus zweiter und dritter Hand aus alten Vorräten nicht unbeträchtliches Material zu niedrigen Preisen an den Markt kommt. In Formeisen ist die Beschäftigung der Werke noch einigermaßen ausreichend. Wenn auch die Anforderungen für Verbrauchszwecke nach wie vor sehr gering sind, so verbrauchen die großen Werke selbst für Neuanlagen und Instandsetzungen immer noch erhebliche Mengen Formeisen. Auch die Konstruktionswerkstätten nehmen größere Mengen ab. Auf dem Drahtmarkt hält trotz der durchschnittlich 50 M für den Doppelzentner angelegten Preis der Zurückhaltung der inländischen Kundschaft unvermindert an. Auf dem Nähnmarkt ist das Geschäft ebenfalls sehr still geworden. Neue Aufträge gehen nur in geringem Maße ein, doch verfügen die Nähnwerke bisher immer noch über einen ausreichenden Bestand an Aufträgen, obwohl zahlreiche frühere Bestellungen zurückgezogen worden sind.

Diese merkwürdige Sachlage, daß der Rohisenmarkt belebt ist, während der Markt der Fertigerzeugnisse stillsteht und die Nachfrage nach Eisenerzeugnissen gering ist, kann natürlich nicht lange andauern und muß entweder zu einer Preisrückgang auch auf den Gebieten der weiterverarbeitenden Eisenindustrie führen oder einer Mischschlag auf dem Rohisenmarkt zeitigen. Eine Reihe von Unternehmungen suchen die Marktfrage dadurch zu verbessern, daß sie mehrere Preisermäßigungen vornehmen. So zum Beispiel hat das Schraubstock-Syndikat in Sagen i. W. seine Ausschläge für Schraubstöcke Nr. 1 bis 10 auf 520 v. S. (bisher 700 v. S.) und für Schraubstöcke Nr. 11 bis 14 auf 550 v. S. (800 v. S.) für das Inland ermäßigt. Der Art- und Weilverband hat mit Wirkung vom 13. August ab seinen Ausschlag auf die Preisliste N. B. 2 für das Inland und zur Ausfuhr auf 125 v. S. festgesetzt. Die neuen Preise gelten bis zum 31. Oktober 1920, vorbehaltlich außergewöhnlicher Verhältnisse. Der Verband deutscher Herbfabrikanten (Sagen i. W.) hat Kettopreise mit Wirkung ab 11. August festgesetzt, wobei vorläufig 20 v. S. Rabatt bewilligt werden. Bisher galten die alten Grundpreise mit 700 v. S. Ausschlag. Die neue Festlegung bedeutet eine Ermäßigung, deren Größe jedoch aus den obigen Angaben nicht ohne weiteres zu ersehen ist. Ferner wird eine Umfagerückstellung bewilligt, die je nach Jahresumfah von 15.000 bis 650.000 M gestaffelt ist, wobei die Bedingung gestellt ist, daß nur Verbandsherbe bezogen werden. Der Verband deutscher Niemenfabrikanten in Düsseldorf hat den Ausschlag für Kupfer- und Messingnieten auf 500 v. S. ermäßigt (gegen bisher 600 v. S.). Die Preise für Gewichtsnieten wurden um 5 M für das kilo auf 35 bis 37 M, nach Stärke, herabgesetzt. Der deutsche Feilenbund in Remscheid hat mit Wirkung vom 13. August ab die Ausschläge bei Gewichtsnieten auf 30 v. S., bei Sägefeilen auf 20 v. S. und bei Dutzendfeilen auf gleichfalls 20 v. S. ermäßigt.

Diese Preisermäßigungen sind allerdings nicht bedeutend. Da auch die Rohisen- und die Stahlpreise keine weiteren Ermäßigungen erfahren und auf dem Rohisenmarkt in England die Preise in der letzten Zeit sogar gestiegen sind, so kann man wohl annehmen, daß eine weitere Preisermäßigung kaum zu erwarten ist und daß die Geschäftslage kaum eine durchgreifende Besserung erfahren wird. Was die Geschäftslage auf dem Gebiete der Textilindustrie betrifft, so wird sie in hohem Maße vom Kursstande des deutschen Geldes abhängig. Während in Amerika die Preise für Baumwolle gesunken sind, und in den letzten Tagen wird sogar ein heftiger Preisrückgang gemeldet, sind die deutschen Baumwollpreise umgekehrt gestiegen und auch die Preise für Baumwollergzeugnisse seit Anfang August weisen eine steigende Tendenz auf.

Ein scharfes Anzeichen auch der Hauptpreise konnte man ebenfalls im letzten Monat feststellen, obgleich hier der deutsche Markt nicht vom Ausland abhängig ist und die Kurschwankungen nicht entscheidend sein sollten. So wurden im Monat August folgende Hauptpreise festgesetzt, die im Vergleich zu den Hauptpreisen vom Juli wie folgt waren:

	Juli 1920	August 1920
Schneehäute . . . . .	9,50—10,50 M	12,00—14,00 M
Bullenhäute . . . . .	6,50—10,00	8,00—12,50
Ruhhäute . . . . .	9,00—10,50	11,00—14,50
Färjenhäute . . . . .	9,00—13,00	12,00—16,00
Kalbfelle . . . . .	7,00—10,50	12,00—15,50
Schaffelle . . . . .	7,50—10,00	9,00—12,00
Hosshäute . . . . .	30,00—250,00	53,00—290,00
Fresshäute . . . . .	9,00—10,00	10,00—12,50

Daß im allgemeinen die Marktlage im August schon eine gewisse Besserung zeigt, geht auch aus den neuen Kapitalbewertungen her-

### Die Bedeutung des Erdöls und der gegenwärtige Stand seiner Gewinnung

In der modernen Wirtschaft bekommt Erdöl eine stets wachsende Bedeutung. Der Übergang von der Kohle auf die Eisenenergie und die Zunahme der Benzin- und Dieselmotoren in fast allen Ländern ist in der letzten Zeit getragend, so daß dadurch eine Ennappheit auf dem Weltmarkt herbeigeföhrt wurde. Der Heizölverbrauch der Eisenbahnen hat sich innerhalb zehn Jahren mehr als verdoppelt. Der Verbrauch von Benzin hat sich verdreifacht.

In der letzten Zeit vollzieht sich derselbe Prozeß auch in der Flotte. Während die Kriegsmarine schon ziemlich früh zur Eisenenergie übergegangen ist, tritt im letzten Jahrzehnt auch in der Handelsflotte eine Wandlung ein, insofern, als auch hier in steigendem Maße das Kohöl als Trieb- und Heizmittel zur Anwendung kommt. So zum Beispiel sind von 650 jetzt für das amerikanische Schiffbauamt im Bau befindlichen Schiffen vier Fünftel für die Eisenenergie bestimmt.

Die Gründe für diese Entwicklung in der Flotte liegen in erster Linie im höheren Heizwert des Eis; während ein Kilogramm Öl eine Wärme von 10.500 Calorien ausstrahlt kann, enthält ein Kilogramm Kohle bloß 7000 Calorien. Was das in bezug auf den in Anspruch genommenen Lagerortraum bedeutet, zeigen folgende Zahlen: 1 Kubikmeter Raum löst 800 Kilogramm Kohle unterbringen mit einem Heizwert von 5,6 Millionen Calorien, 1 Kubikmeter Raum enthält auch 800 Kilogramm Öl, aber mit einem Heizwert von 8,4 Millionen Calorien.

Auch hinsichtlich der Unkosten bringt der Übergang zur Eisenenergie große Vorteile. Nach Angaben des amerikanischen Schiffbauamtes (Financial News 10. 12. 1919) verbraucht ein Dampfer von ungefahr 900 Tonnen mit einer Ladung von 6000 Tonnen und 11 Stunden Betriebszeit in 24 Stunden 28 Tonnen Öl. In Japan mit dem Arbeitslohn des Bedienungspersonals würden die Unkosten innerhalb 24 Stunden 2227 Dollar ausmachen. Demgegenüber würde der Verbrauch an Kohle in derselben Zeit 40 Tonnen ausmachen und die Ausgaben einschließlich dem Lohn des Personals sich auf 2012 Dollar stellen, was einer Unkostenersparnis von 2115 Dollar mit Eisenenergie von 395 Dollar für den Tag ergibt.

Erdöl bietet des Öfteren Vorteile in bezug auf die Ladung, das schwerkere, langwierige Kohlenverladen fällt weg, das Öl wird aus den Hafenräumen in kurzer Zeit in das Schiff gepumpt. Besonders günstig stellt sich die Verwendung des Öls, wenn es unmittelbar in einem Verbrennungsmotor (Dieselmotor) zum Schiffsbetrieb verwendet wird und nicht, wie es heute fast ausschließlich der Fall

ist, zum Heizen des Dampfesils benutzt wird. Folgende Angaben der Comrad-Vinie, die für den Dampfer „Scythia“ zusammengestellt sind, beleuchten diese Tatsache: Für eine Seemeile verbraucht der Dampfer für 100 Tonnen Ladung 1,3 Kilogramm Öl statt 1,8 Kilogramm Kohle, wenn der Schiffsantrieb durch den Verbrennungsmotor erfolgt, bloß 0,7 Kilogramm Öl.

Wenn man diese Vorzüge des Erdöls im Auge faßt, so wird klar sein, warum ihm eine so große Bedeutung beigemessen wird. Besonders in der Schiffahrt wird es als ausschließliche Antriebskraft der Zukunft betrachtet.

Die steigende Bedeutung des Erdöls muß natürlich auch eine vermehrte Nachfrage auslösen. Unter dem Einfluß der starken Nachfrage ist auch die Weltproduktion bedeutend gestiegen. Sie betrug 1913 50,8 Millionen Tonnen, 1916 61,8 Millionen Tonnen. In dieser Produktion waren einzelne Staaten wie folgt beteiligt:

	1913	in 1916	in 1916	in %
Vereinigte Staaten von Nordamerika	32314	63,60	40102	64,87
Rußland	9247	18,20	9933	16,07
Persien	1527	3,01	1820	2,94
Rumänien	1855	3,71	1492	2,42
Osterreich-Ungarn (Galizien)	1114	2,19	899	1,45
Mexiko	3000	5,90	5909	9,54
Britisch-Indien	1000	1,97	1097	1,77
Japan	250	0,49	400	0,65
Peru	—	—	340	0,55
Deutschland	121	0,24	140	0,23
Spanien	—	—	25	0,04
Italien	—	—	6	0,01
Andere Länder	313	0,63	313	0,51
<b>Zusammen</b>	<b>50808</b>	<b>—</b>	<b>61617</b>	<b>—</b>

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919.)

1918 liegt die Weltproduktion auf etwa 67 Millionen Tonnen, wobei Amerika mit ungefahr 47 Millionen Tonnen beteiligt war. Den Hauptanteil in der Erdölgewinnung bildet also Amerika, auf das gegenwärtig etwa 70 Prozent der gesamten Weltproduktion entfällt. Die Gewinnung der letzten Jahre hat sich hier zwar bedeutend vermehrt, fällt aber mit dem Bedenken der Nachfrage bei weitem nicht Schritt mit Amerika machte bedeutende Mengen aus Mexiko einzuföhren, um der Ausfuhr und dem eigenen Bedarf gerecht zu werden. Nach „Financial Times“ vom 10. 12. 1919 wird der diesjährige Verbrauch der Vereinigten Staaten auf etwa 40 Millionen Tonnen geschätzt, während die Förderung 50 Millionen Tonnen in Aussicht stellt. Im dieser Schwierigkeit zu begegnen, wird die Frage des Ausfuhrverbots oder wenigstens der Kontrolle des Abfahrs er-

wogen. Die Ausfuhr des Jahres 1919 hat sich schon infolge der großen Nachfrage im Inland um 31 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahre vermindert (Zehntel und Wirtschaft, Juli 1920). Infolge der großen Ennappheit sind die Preise um das Vierfache gestiegen, sie betragen im April 1920 etwa 4,8 Dollar für ein Barrel gegen 1,6 Dollar im Jahre 1914.

Die Vorräte der Union gehen sehr stark zurück. Der im Mai 1918 veröffentlichte Bericht der Bergwerksverwaltung der Vereinigten Staaten gibt an, daß die Erdölvorräte der Union zu 40 Prozent erschöpft sind. Die gesamten übrigen Vorräte werden auf 6740 Millionen Barrel geschätzt. Laut dem Bericht der Bergwerksverwaltung soll der jährliche Verbrauch Amerikas 1927 800 Millionen Barrel erreichen (1918 betrug der Verbrauch 380 Millionen Barrel) und 1928 muß mit der Erschöpfung aller bekannten Erdölquellen der Vereinigten Staaten gerechnet werden (Financial News 31. 1. 1920).

Der Verbrauch Amerikas ist heute schon größer als die Gewinnung, so daß die angehäuften Bestände in Angriff genommen werden mußten. Laut dem Bericht des Leiters der geologischen Landesaufnahme der Vereinigten Staaten (Financial News 31. 1. 20) wurden 1918 29 Millionen Barrel aus den vorhandenen Beständen entnommen — fast ein Fünftel der gesamten Bestände.

Es fehlt nicht an Versuchen, durch Bohrungen neue Quellen ausfindig zu machen, doch ist nach der Meinung der Bergwerksverwaltung hierin kein großer Erfolg zu erwarten. Es wird hauptsächlich, daß in Amerika demüchtig an die Ausbeutung der Schiefervorkommen zum Zwecke der Erdölgewinnung herangetreten wird.

Die geschichtete Lage des ausschlaggebenden Produzenten in der Erdölindustrie zwingt sämtliche Staaten, der Frage der Erdölversorgung ein außerordentliches Interesse zu widmen und überall kann man umfangreiche Arbeiten zum Zwecke des Aufwandes neuer Vorkommen konstatieren, sowie die Versuche, durch staatliche Kontrollmaßnahmen die Gewinnung, den Verbrauch und die Verteilung zu regeln. Besonders hat England hierin eine starke Tätigkeit entwickelt, so daß nach Angabe des Senators Hela im amerikanischen Senat gegenwärtig etwa 60 Prozent der vorhandenen Bestände an Petroleum im Besitz Englands sind. Die zahlreichen Bohrungen, die dort vorgenommen werden, sind zwar noch nicht abgeschlossen, lassen aber bereits große Erfolge vermuten. Es wird angenommen, daß insbesondere in Mesopotamien überaus große Möglichkeiten in bezug auf die Erdölgewinnung gegeben sind. Man ist in England zugleich bestrebt, alle Ausländer vom Besitz und Betrieb der Quellen

\* Der Kampf um die Oelfelder Mesopotamiens war ein Hauptthema jedes des Kampfes um die Bagdadbahn, eine der wichtigsten Grundfragen des Weltkrieges.

vor, die im August etwas höher waren als im Juli, während sie im allgemeinen relativ niedriger als im zweiten und ersten Quartal 1920 waren.

Eine gewisse Abnahme der Konurse im August läßt sich ebenfalls feststellen. Es ist eine gewisse Besserung gegenüber der Lage im Juli eingetreten.

Charakteristisch ist auch, daß die Kurse der Aktien etwas gestiegen sind. Nach der Zusammenstellung der Frankfurter Zeitung erhöhten sich die Kurse von 25 Aktien vom 7. August bis 28. August von 114,88 auf 118,50.

Ganz anders gestaltete sich der Arbeitsmarkt im August. Hier läßt sich eine steigende Arbeitslosigkeit feststellen, und zwar nach den Angaben des Demobilisierungskommissars wurden am 15. August 412.000 Arbeitslose mit rund 372.000 Familienangehörigen gegen 350.000 Erwerbslose am 15. August festgestellt.

Die allgemeine Arbeitsmarktlage wird in der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt geschildert:

Nach der fast durchweg bedenklichen Getreideernte machte sich in der Landwirtschaft ein Nachlassen der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern bemerkbar. Gestiegen sind nur noch geringere Arbeitskräfte und landwirtschaftliches Dienstpersonal, vor allem Wägen. Für die bevorstehende Saatfruchtperiode ist ein Ansehen der Vermittlungstätigkeit zu erwarten.

Das am meisten kennzeichnende der Wirtschaftslage der letzten Woche war indes das starke Schwanken der deutschen Wäla mit der allgemeinen Tendenz zum Sinken.

Das am meisten kennzeichnende der Wirtschaftslage der letzten Woche war indes das starke Schwanken der deutschen Wäla mit der allgemeinen Tendenz zum Sinken. So wurden beispielsweise in Berlin für einen Dollar am 2. August 42,25 M. gezahlt, am 24. August 51,15 M., am 31. August 49,7 M.

Im Zusammenhang mit der ganzen Lage stehen auch die sich häufenden Klagen über die rigorosen Abnahmebedingungen der Kartelle. Selbst die Leipziger Handelskammer hat sich gezwungen gesehen, gegen die Bedingungen der Kartelle Stellung zu nehmen.

Innerhalb des britischen Machtbereiches auszuschließen und dem Staate durch Teilhaberschaft an den Petroleumgesellschaften die Kontrolle zu sichern. Auch in Frankreich sind zahlreiche Bohrungen vorgenommen worden und wertvolle Entdeckungen in Algerien, Marokko und Madagaskar gemacht.

In Italien, in der Schweiz und in Rumänien befinden sich Einfuhr, Verbrauch und Verteilung des Eis unter staatlicher Aufsicht.

In Deutschland ist man bestrebt, durch Abschluß verschiedener Lieferungsverträge den Bedarf an flüssigen Brennstoffen zu sichern. Zu erwähnen ist hierbei der Vertrag mit der Standard Oil-Company im Herbst vorigen Jahres, der ermöglicht hat, daß der notwendige Bedarf ziemlich gut gedeckt wurde.

Die Bemühungen zur Ausschließung neuer Quellen haben endlich bedeutende Erfolge in Chile, Peru, Argentinien, Bolivien und Kolumbien erzielt.

Man muß aber feststellen, daß die gegenwärtige Wohrtätigkeit unter dem Mangel an Holzgerät stark zu leiden hat, der sich nicht nur in den von der Zuhör abgeschrittenen Ländern, wie Rußland, sondern auch in England und den Vereinigten Staaten bemerkbar macht.

Zum Schluß sei noch auf das in San Remo abgeschlossene englisch-französische Abkommen hingewiesen. Danach verpflichten sich die beiden Kontrahenten, bei Anlauf der Quellen in Rumänien und Erlangung der Konzessionen in Rußland sich gegenseitig zu unterstützen und in den eigenen Kolonien alle möglichen Vergünstigungen zu gewähren.

Wie im 19. Jahrhundert die Noble, so beginnt jetzt das Erdöl ins Zentrum des allgemeinen Interesses zu dringen und wird, falls das Proletariat dem Treiben der kapitalistischen Räuber nicht bald ein Ziel setzt, in der Zukunft die Möglichkeit neuer politischer Konflikte mit sich bringen.

### Sabotage des Korrespondenzblattes

Die weltpolitische Lage ist gewitterschwül. Überall verdichten sich die Widersprüche der kapitalistischen Welt zu neuen Konflikten, die mit gebieterischem Zwange das Weltproletariat zu erhöhter Aufmerksamkeit und Kampf- und Tatbereitschaft zwingen.

In einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder richtet der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zündende Worte an die 23 Millionen Gewerkschafter der Welt. Der Aufruf enthält in kurzen prägnanten Sätzen die Weltlage, konstatiert die Schwäche des Proletariats in den hochbetadelten Augusttagen 1914 und fordert dann das Proletariat zu bestimmten Aktionen auf.

Der Aufruf hat einige Mängel. Die Tatsache, daß der Kampf Bolens und des Entenkapitals kontra Sowjetrußland einen Kampf des Weltimperialismus gegen den Sozialismus schlechthin — nur in besondrer Ausstrahlung — darstellt, ist viel zu wenig gekennzeichnet und sehr unklar.

Diese Schwächen des Aufrufes schien auch der in Kopenhagen tagende internationale Metallarbeiterkongress erkannt zu haben. Er verurteilte deshalb gleichfalls durch eine Kundgebung an das Proletariat der Welt, dieses zur Aktion aufzurütteln.

Zunächst muß mit Bedauern festgestellt werden, daß eine ganze Anzahl proletarischer Zeitungen nur in sehr untergeordnetem Sinne diesen Aufruf zu Worte kommen lassen. Aber als Standal muß die Stellung der Redaktion des Korrespondenzblattes des A.D.W. zu diesem Aufrufe bezeichnet werden.

Was soll es z. B. bedeuten, wenn die Redaktion in großväterlicher Weise den guten Willen des Bundes in Ehren leben läßt, oder wenn sie wie ein schmeichelndes Kind bis zur Ernüchterung darauf hinweist, daß ja der andere erst drauf sein müsse, wenn sie also die Verantwortung von der deutschen Arbeiterschaft auf die der anderen Länder wälzt, um dann zu „wünschen“ — wünscht, einen frommeren Wunsch konnte die Seele vom Engelster sicher nicht finden — daß dem Aufrufe auf seinem ferneren Lebenswege noch recht viel Glück und Segen beschieden sein möge?

Proletarier! Kollegen! Ist das der Ton, mit dem man eine Aufforderung, einen Kampfaufruf an das Klassenbewußte Proletariat, einer Situation, wo es um Sein oder Nichtsein des Proletariats und des Sozialismus geht, kommentiert, oder besser gesagt, mit Dreck bespritzt?

Diese Sabotage der Redaktion des Korrespondenzblattes muß jedem revolutionären Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben! Das ist der Geist jener verhängnisvollen Augusttage 1914, der die Verantwortung immer auf die Lureihe des Proletariats der anderen Länder abwälzt und den Willen zur Tat im eigenen Proletariat ersticken will!

Hier handelt es sich nicht um einen Einzelfall, hier ist das System der Lege des A.D.W. an einem besonderen Fall gezeichnet. Die Beschlässe unseres zentralen Verbandstages machen es uns als größter und stärkster Gewerkschaft Deutschlands und der Welt zur Pflicht, auf vorgezeichneten Wegen gegen diese Ministerarbeit des Korrespondenzblattes wie gegen jede Abtötung des revolutionären Geistes der deutschen Arbeiterschaft durch solche Preßzeugnisse Stellung zu nehmen. Kollegen! In Gewerkschaftsversammlungen und Kartellungen müßt ihr die Verhandlungen zu prinzipiellen Auseinandersetzungen treiben. Es gilt mit aller Eindringlichkeit das Bewußtsein in die Sinne der Massen zu hämmern, daß die Zeit reif ist, reif nicht zum Schwächen und Vangemachen, sondern zur Aktion, zur Tat!

Wilhelm Sander.

### Zur Auswandererfrage

Als ein Zeichen des wirtschaftlichen Zerfalls Deutschlands ist die gesteigerte Sehnsucht anzuzuwandern, zu bewerten. Die Schichten des Klassenpaates gegen die Arbeiterschaften, das brutale höhnische Auftreten der Unternehmerklasse und ihres Trostes in Uniform, Lohr und Kutte, ferner das gesteigerte Elend durch Arbeitslosigkeit, Teuerung und Rechtslosigkeit drängt große Massen des deutschen Volkes über die Grenzen, um sich in anderen Welten eine neue, gastlichere Heimat zu suchen.

Fortgesetzt gehen uns Zuschriften aus aller Herren Länder zu, in denen deutsche Kollegen ihre Arbeitsbrüder in der Heimat warnen, Arbeit in vielen Ländern anzunehmen. Aus allen Schreibern geht hervor, daß die Deutschen als ein bitterarmes Volk von den Kapitalisten anderer Länder nur als Lohnsklaven gebraucht und als rechtlose Arbeiterklasse behandelt werden.

Wir haben oft schon derartige Warnungen gebracht, leider ist aber die Beobachtung zu machen gewesen, daß gerade dann erst derartige Vertriebe mit Arbeitsgesuchen überschwennt wurden. Ziemlich würdevolle Vertreter traten denn zutage, die, um das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft wieder zu heben, unter allen Umständen unterbleiben müßten.

Über die Auswanderung nach Rußland ist in der Tagespresse in letzter Zeit diskutiert worden. Die Ausführungen des Genossen Dittmann haben uns einen Einblick in die russischen Zustände gegeben. Gerade nach Rußland wurde die Auswanderung im höchsten Maße von Russen und Ukrainern betrieben. So muß immer wieder gewarnt werden, mit großen Hoffnungen und Illusionen der Frage der Auswanderung näher zu treten.

Wir lassen im nachfolgenden ein Schreiben folgen, welches von 52 ausgewanderten Kollegen unerschrocken ist und die Zustände in Holland schildert:

Es wird den Kollegen dringend ans Herz gelegt, mit den in die deutschen Zeitungen eingesandten Offerten von der Firma Etablissement Sijenoord, Rotterdam, besondere Vorsicht zu üben. Es werden große Versprechungen gemacht, die aber in keiner Hinsicht gehalten werden. Die augenblicklich bestehenden Verhältnisse sind unhaltbar.

Es wird den Kollegen dringend ans Herz gelegt, mit den in die deutschen Zeitungen eingesandten Offerten von der Firma Etablissement Sijenoord, Rotterdam, besondere Vorsicht zu üben. Es werden große Versprechungen gemacht, die aber in keiner Hinsicht gehalten werden.

Es besteht hier kein Anfordersystem, sondern ein Prämienstystem. Dieses System sieht nun folgendermaßen aus: Der Meister kündigt dem Arbeiter die Arbeitsstelle mit den für die Arbeit festgesetzten

Stunden aus. Man kann nun bei der Arbeit bis zu 25 v. S. verdienen. Es sind die Stunden aber so minimal gehalten, daß es in den meisten Fällen nicht möglich ist, die oben erwähnte Grenze zu halten, und sind sogar viele Fälle zu verzeichnen, wo man unter den garantierten Stundenlohn kommt. Dieser garantierte Stundenlohn wird aber ausbezahlt. Hat man nun bei einer Arbeit wirklich einige Procente verdient, so ist die Firma so kulant und zehrt von dem Überschuß noch 5 v. S. für sich ein, ganz gleich, wie hoch der erzielte Überschuß ist. Nur bei Arbeitern unter 5 Stunden steht dem Arbeiter der ganze Überschuß zu. Es sind Arbeitsstellen vergeben worden von 2000 bis 3000 Stunden. Diese Verteilung der großen Arbeiten, die sich sehr wohl detaillieren ließen, können wir uns nur so erklären, daß man dadurch den deutschen Aufst, wie wir doch im allgemeinen hier benannt werden, recht lange im Betriebe behalten möchte, um seine Notlage nach allen Richtungen hin auszunutzen. Hat nun ein deutscher Kollege bei der Arbeit seine ganze Kraft eingesetzt und ist es schließlich, daß er noch einige Procente herausgeholt kann, so werden ihm durch die Meister mehrere Arbeiter zugeordnet, die dann den erzielten Überschuß mit verarbeiten. Es kann nämlich nach Ansicht der Meister unmöglich angehen, daß Leute, welche als erstklassige deutsche Arbeiter von der Firma angefordert sind, auch den Beweis erbringen, daß sie wirklich leistungsfähig sind.

So sieht es nicht allein im Maschinenbau, sondern auch in allen anderen Abteilungen aus. In der Kesselschmiede usw. befragen sich die Kollegen darüber, daß ihnen die schlechtesten und schmutzigsten Arbeiten in die Hände gesteckt werden.

Auf unsere Vorstellungen bei der Direktion ist uns das Versprechen gegeben worden, daß alle Fälle untersucht werden sollten. Diese Untersuchungen dauern hier in Holland aber sehr lange, denn bis jetzt sind noch keine Besserungen zu verzeichnen. Die Direktion hatte sogar den Mut, zu äußern, daß sie in Deutschland eine große Reservearmee stehen hätte, die nur auf ihre Einstellung warte. Wenn die holländischen Kollegen um Arbeit anfragen, werden sie mit der Begründung abgewiesen, daß man Arbeiter genug aus Deutschland bekommen könne. Daher ist es auch den Hollandern nicht zu verdenken, wenn sie den deutschen Kollegen vorwerfen, daß sie Lohndrücker sind.

Will ein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis lösen, so ist er verpflichtet, eine Woche vorher zu kündigen. Er bekommt aber bei seinem Abgang die letzte Woche nicht ausbezahlt, da diese erst eine Woche später fällig ist. Somit ist der Kollege gezwungen, sich auf eigene Kosten noch eine Woche hier aufzuhalten, um den Lohn in Empfang zu nehmen. Es sind die meisten Kollegen, die auf das Versprechen der Firma, ihnen das Geld nachsenden zu wollen, recht enttäuscht worden. Nach 7 bis 8 Wochen gelang es ihnen unter vielen Umständen, ihr Geld zu erhalten.

Bezugnehmend auf die oben erwähnten Gründe, ersuchen wir unsere Kollegen in Deutschland, gleich welcher Branche sie angehören, den holländischen Gesellen fern zu bleiben. Die geschädigten Missstände bestehen nicht nur bei der Firma Sijenoord, sondern in sämtlichen anderen Betrieben.

Wir sind es unseren Kollegen schuldig und erachten es als unsere Pflicht, sie vor großen Unannehmlichkeiten zu schützen und zu warnen, nach hier zu kommen. Es würde uns sehr erschwert werden, unsere eigene Notlage zu verbessern, wenn es der Firma gelänge, immer neue Arbeitskräfte aus Deutschland heranzuziehen. Wir hoffen von unseren deutschen Kollegen, daß sie in jeder Hinsicht Solidarität üben.

Mit kollegialem Gruß  
Die deutschen Kollegen der Firma Sijenoord, Rotterdam.

### Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 28. Septbr. ist der 40. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. September bis 2. Oktober 1920 fällig.

Für den Bezirk Hagen i. W. wird zum baldigen Antritt ein Bezirkssekretär gesucht, welcher mit den Einrichtungen unseres Verbandes vollständig vertraut sein muß und eine mehrjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Cheunitz	180	95	—	40. Beitragswoche.
Zeber	80*	—	—	38. "
Hübben	80	—	—	36. "
Marburg	80	80	—	40. "
Neuruppin	80	60	—	40. "
Reine	100	—	—	40. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zurückgenommen wird: die in Nr. 35/1919 erfolgte Ausschließung des Kesselschmieds Otto Heinze, geb. am 2. April 1884 zu Halberstadt, Buch Nr. 1.093.001. Er tritt in seine alten Rechte ein.

Anforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Dreher Heinz Müller, geb. am 9. September 1877 zu Karllimmen, Buch Nr. 1.478.366, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 2.010.215, lautend auf den Schlosser F. Keffel, geb. am 21. Juni 1884 zu Bremen, eingetreten am 2. September 1912. (Bremen.)

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

### Leistung

über die vom 1. bis 31. August 1920 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von Hachen 100.000 M. Uthorn 1000. Mötzing 2000. Mittermayer 20.000. Ringerburg 500. Anklam i. P. 5500. Ansbach 9128. Apolda 4200. Náchterburg 15.000. Aue i. Sa. 100.000. Augsburg 118.200. Uarmen-Eldersfeld 30.000. Baurer 17.000. Bendorf a. Rh. 30.000. Bergedorf 8120. Bergen i. Han. 2000. Berlin 1.000.000. Bernsdorf 2000. Bepdorf (Sieg) 1000. Beuthen 40.000. Bielefeld 70.000. Blankenburg (Sarg) 2800. Bredberg 13.000. Braubach a. Rh. 5000. Bredelar i. S. 200. Bremerhaven 50.000. Brilon 300. Brunsbüttelhafen 1000. Burgdorf 1000. Burgdorf 15.000. Furbach (Sachsen) 3000. Eisle 3000. Eberstadt 30.000. Clausthal 4000. Darmstadt 4000. Reppau 84.000. Eppoldiswalde 2500. Dortmund 170.029,70. Dresden 30.534,47. Düren 10.000. Eberstadt (Sachsen) 2200. Ebingen

9000. Ebernforde 2000. Eilenburg 6900. Eintracht-Rordenham 10 000. Eisenleben 20 000. Eising 24 000. Eisfisch 1516,15. Eiferwerda 16 000. Emden 8000. Erbach i. D. 1150. Erfurt 21 500. Essen (Mittl.) 180 000. Eßlingen a. N. 35 000. Eustirchen 3000. Finsterwalde 10 000. Forchheim 2000. Frankfurt a. M. 20 000. Frankfurt a. O. 6000. Freiburg i. Br. 10 000. Freiburg i. Schl. 8500. Freudenstadt 1000. Friedland 1000. Friedrichshafen 40 000. Friedrichsthal 1000. Fürstentum 14 000. Fulda 4000. Fürstentumberg a. D. 700. Furthungen 4000. Geesthacht 3000. Geisenheim 10 000. Geisenkirchen 25 000. Gera 25 000. Gevelsberg 99 000. Gladbach 1000. Gleiwitz 30 000. Glöttz 2000. Gmünd (Schwab.) 10 000. Göttingen 35 000. Götting 40 000. Goslar a. S. 2000. Götting 4000. Göttingen 8000. Götting 15 000. Greifenhagen 1410,35. Greiz i. B. 3000. Grimma i. Sa. 6000. Groß-Mücheln 3100. Gröna 5000. Gummersbach 15 000. Gützmow 6000. GutsMuths 300. Habelschwerdt 1000. Haderleben 2000. Hagen i. B. 80 000. Hagen 4000. Hainichen 1000. Halle a. S. 35 000. Hamburg 202 227,35. Hamm a. Sieg 5000. Hamm i. B. 15 000. Hattlingen 18 000. Hannau 2000. Heide 800. Heidenheim 25 000. Heilbronn a. N. 35 000. Heiligenstadt 1000. Helmstedt 10 000. Hennigsdorf 5000. Herborn 11 000. Herford 2000. Herborn 2500. Herberg (Efter) 1000. Hirschberg (Schl.) 1000. Hirschberg a. N. 22 000. Hohenlimburg 30 000. Hohenstein-Ernstthal 10 000. Holschütz 500. Holzminde 2000. Hornburg 39 243,31. Hötensleben 2000. Jüterbohlen 6000. Jümenau 2500. Jyehoe 1000. Jena 15 000. Jena 2450. Kalbe a. S. 700. Kamenz 2700. Karlsruhe 60 000. Kassel 170 000. Käßhütte 1000. Kaufbeuren 1000. Keßl i. B. 7000. Keula 3000. Kirch a. Sieg 2000. Koblenz 35,38. Koburg 5700. Köln 200 000. Königshuld 2400. Königshütte 60 000. Konigsberg 3000. Köslin 2500. Koswig 2000. Köthen 12 000. Kottbus 3000. Kottbus 2700. Krefeld 100 000. Kruppalmühle 1500. Kufstein 3000. Labes 1500. Laß i. B. 3000. Landsberg a. S. 500. Landsberg a. B. 6000. Landsberg 5000. Langenbielau 2000. Laucha 1400. Lauenburg a. E. 1500. Lauenburg i. W. 2200. Lauf i. B. 3000. Lauragütte 12 000. Lauterbach 8600. Lautenthal i. S. 1000. Lauterberg a. S. 3000. Lehesten 1000. Leipzig 15 332,80. Leisnig 2000. Leisnig 500. Leuchtenstein-Kallenberg 1271. Legnitz 5000. Limburg (Rahn) 7000. Lippstadt 3000. Lützen 363,75. Lollar 12 000. Lübeck 20 000. Lüß 900. Lüdenscheid 40 000. Lüneburg 2000. Lutz 2000. Magdeburg 190 000. Malapane 16 000. Mannheim 55 000. Marburg a. L. 1200. Marktredwitz 3000. Minden i. B. 5000. Mühlhausen i. Th. 10 000. Mühlhausen-Gladbach 80 000. Münsterberg 500. Reize 3000. Neugersdorf 12 000. Neumarkt i. Opf. 2500. Neurube 4000. Neustadt i. Sa. 3006. Neustettin 540. Neuwied a. Rh. 7000. Nießitz 10 000. Nordhorn 2500. Nordhausen 25 000. Nordlingen 600. Oberhausen 50 000. Oberndorf a. N. 12 500. Oberkirch 2000. Oels 2000. Oeynhausen 5000. Offenbach 700. Oberhau-Lengsfeld 16 000. Oldenburg i. D. 3000. Oldenburg 50 000. Olfach 800. Olfersleben 5000. Opatowitz 1000. Opatowitz 3000. Oschatz 800. Oßersleben 150 000. Pforzheim 150 000. Pfronten 2000. Pfungstadt 1200. Pirmse 1000. Plauen 50 000. Pleitenberg 20 000. Pries 7000. Radeberg 15 000. Rastenberg i. Th. 1927,88. Rastenberg 65 000. Regensburg 8000. Reichenbach i. B. 10 000. Reichen 800. Reutlingen 2110. Rochlitz 500. Rodlau 3000. Roggen 4000. Rothenscheid 900. Rottenburg a. L. 2000. Rudolstadt 1500. Rudolstadt 17 000. Saalfeld 10 000. Saarau 1000. Salzwedel 1500. St. Georgen 5000. Seib 1200. Seiftenberg 9000. Siegen 20 000. Singen-Raboldzell 16 000. Solingen 100 000. Spremberg 2600. Sulz 20 000. Sulzungen 50. Svinemünde 3000. Schmolln 4000. Schneidemühl 1500. Schönebeck 13 000. Schramberg 10 000. Schwabach 1600. Schwanberg 2000. Schweidnitz 6000. Schweinfurt 20 000. Schwerin 5000. Schwiebus 1500. Schwintow/Lowitz 24 200. Stade 3000. Stuttgart 11 800. Stalberg 15 000. Straßburg 1200. Straßberg 1000. Stuttgart, Einzelmitgl. 400. Teterow 2600. Trossingen 10 000. Uelzen 800. Varel 4500. Völkert 30 000. Villingen 10 000. Waiblingen 8000. Wallau 1500. Wamern 2070,45. Weidenhausen 5000. Weidheim 2000. Weidenburg i. B. 1000. Weiden 33 000. Weidens 1692,05. Wehlau 50 000. Weida 1100. Weidmühlhagen-Rüstringen 50 000. Weidmühlhütte 3000. Weimar 3000. Weitzenhagen 70 000. Weitzenberg 10 000. Weitzenberge 8500. Wolfenbüttel 4500. Wolpert 2000. Worms 6000. Würzburg 205,60. Würzburg 20 000. Wutöschingen 3000. Zoffen 3000. Züllichau 1000. Sonstige Einnahmen 918 767 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einseher von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.  
Der Vorstand.

**Zur Beachtung! - Zug ist fernzubalten:**

- von Drahtwebern nach Maguhn D.;
- von Formern und Sieberarbeitern nach Eßlingen (Eßlinger Maschinenfabrik) M.;
- von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz u. nach Leipzig D.;
- von Graveuren und Hefelern nach Stuttgart (alle Betriebe, die dem R.-M. nicht unterstehen) D.;
- von Feigungsmonitoren, Hülsenmonitoren und Helfern nach München Str.;
- von Metallarbeitern nach Bleicherode (Fa. J. Kiesel) D.; nach Bremen D.; nach Danzig St.; nach Eßling D.; nach Gehren in Thüringen (Fa. Spemann) D.; nach Hennes bei Siegburg St. und A.; nach Lützen (Fa. Kiesel) M.; nach Sommerda i. Th. (Hörmann-Werke, Metallwarenfabrik) M.; nach Trier D.

R. = Wohnbewegung; D. = Differenzen; u. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Auslieferung.  
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.  
Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Gehaltszahlung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, bei der Bezirksverwaltung zu leisten. Das Gehalt ist von der Verwaltung, der das Mitglied gegenständig angeht, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

**Berichte**

**Metallarbeiter.**

**Magdeburg i. Pr.** Der Ortsverband der Arbeitervereine für Handel, Industrie und Gewerbe, Eiß-Königsberg, hat schon seit einem Jahre die Fortentwicklung der Arbeiterorganisationen vorangetrieben. Bei der Lokalbewegung im April dieses Jahres war es dieser Schuttmacherorganisation gelungen, für alle Lokalbewegungen, die mit der heftigen Gewerkschaften abgeschlossen waren, eine einheitliche Dauer festzusetzen. Am 1. Juli wurde von allen in Frage kommenden Gewerkschaften eine Forderung von 1 M auf die bestehenden Stundenlöhne erhoben. Am Ende von Juni wurden die bestehenden Stundenlöhne erhoben. Am Ende von Juni wurden die bestehenden Stundenlöhne erhoben. Am Ende von Juni wurden die bestehenden Stundenlöhne erhoben.

beiden staatlichen Schlichtungsausschüsse wurde von Seiten der Arbeitgeber ganz brüsk abgelehnt, von der Arbeiterschaft aber angenommen. Aus dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes mußte der Schlichtungsausschuss geschlossen werden, daß er sich die Berliner Richtlinien vom 20. Mai 1920 zu eigen gemacht hat, die vorschreiben, daß jede Lohnerhöhung abzulehnen sei. Am 7. Juli nahmen nun unsere Kollegen zu dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber Stellung und beschloßen, nachdem die Arbeitgeber jedes Zugeständnis ablehnten, in den Streik zu treten. Bei allen Tarifabschlüssen war es uns nicht möglich gewesen, für die von Zeit zu Zeit steigende Preiserhöhung für die Lebenshaltung einen Ausgleich zu schaffen, und sind wir somit mit den Löhnen gegenüber den anderen Kollegen im Reich erheblich zurückgeblieben. Mit unserer Organisation fanden auch der Transportarbeiter-, Holzarbeiter-, Fabrikarbeiter-, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband sowie der Brauer- und Mühlenarbeiterverband und noch einige kleinere Gewerkschaften im Lohnkampf. Die Zahl der Streikenden stellte sich auf 22 000, wir waren mit circa 3000 Kollegen beteiligt. Das kapitalistische Ausbeutertum spekulierte nun auf die Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Es war wohl zu verzeichnen, daß, nachdem die städtischen Arbeiter innerhalb 14 Tagen Zugeständnisse in Höhe des gefällten Schiedspruches erhielten, dieselben die Arbeit wieder aufnahmen. Die Arbeiterschaft aus den Betrieben, die dem Arbeitgeberverband angeschlossen waren, verbarren einmütig weiter im Kampfe. Nach fünfwöchentlicher Dauer des Streiks wurde auf Antrag des Regierungspräsidenten vom Arbeitsministerium ein Schlichtungsausschuss eingesetzt. Dieser setzte auf die bestehenden Lohnsätze eine Teuerungszulage von 25 bis 40 % pro Stunde fest. Aber die Wiedereinstellung soll ein staatlicher Schlichtungsausschuss entscheiden. Der Schiedspruch wurde von beiden Seiten angenommen und der Kampf erreichte somit am 25. August sein Ende. Für die Unternehmer war dieser Kampf von vornherein eine Machfrage und haben sie dies auch in geheimen Zirkularen an ihre Mitglieder wiederholt zum Ausdruck gebracht. Sie wollten die Arbeiterschaft niedergewringen, wie sie sich ausdrückten, der Bolschewismus in den Betrieben auszurollen. Der Bolschewismus im Sinne der Unternehmer ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Schwere Opfer hat der Kampf auf beiden Seiten gekostet. Unter anderem wurde unser junger Kollege Eickler, der als Streikposten seine Pflicht erfüllte, kurzzeitig von einem Unternehmer niedergeschossen, desgleichen zwei andere Streikende, die in einem lebenswichtigen Betriebe mit der technischen Notwendigkeit verhandeln wollten und dabei mit der Polizei in Konflikt gerieten. Es war nicht leicht, die Disziplin und Einheit in diesem Kampfe aufrecht zu erhalten. Wir können aber feststellen, daß der Plan der Unternehmer, die Organisationen der Arbeiter zu zerrüttern und einen Abbau der Löhne vorzunehmen, an der Geschlossenheit der Königsberger Arbeiterschaft scheiterte. Das Unternehmertum wird es sich für die Folge genau überlegen, noch einmal einen solchen Kampf, der das ganze Wirtschaftssystem Königsbergs und der Provinz erschütterte, fruchtlos und leichtfertig heraufzubeschwören. Unsere Kollegen haben sich in dem siebenwöchentlichen Ringen musterhaft verhalten und durch ihre einmütige Geschlossenheit dem opportunistischen revolutionären Arbeitgeberverband und ihrem Syndikat Dr. Schreiber gezeigt, daß man mit der Arbeiterklasse nicht spielen darf.

**Wehler.** Der „Syndikalist“, das Organ der Syndikalisten, veröffentlicht in Nr. 34 vom Jahr 1920 folgenden Artikel über syndikalistische Streiktaktik: Daß auch in den Zeiten der Krise bei richtiger Kampftaktik noch Erfolge zu erzielen sind, haben wir Syndikalisten wieder einmal in Wehler bewiesen. Am Morgen des 10. August trat die gesamte Belegschaft der Rudersdorfer Eisenwerke in Wehler in den Streik. Sofort wurde eine Kommission von 10 Mann gewählt und der Herr Direktor Humperdt um 6 1/2 Uhr morgens aus dem Bett geholt und zum Werk gebracht. Alles verlief in voller Ruhe. Die Arbeiter waren der dauernden Verschleppungspolitik satt. Sie forderten sofort die Intraffsetzung des Urlaubs für jeden Arbeiter, Lohnerhöhung und Anerkennung der Heizer und Maschinenisten als Facharbeiter. Bei den Verhandlungen mit den drei Direktoren, die sich bis morgens 10 Uhr ausbehalten, sträubten sich die Herren zunächst, mußten aber demnach dem Arbeiter entgegenkommen. Wir gaben ihnen Bedenkzeit bis nachmittags 2 Uhr. Wären unsere Forderungen bis dahin nicht bewilligt worden, so hätten wir alle Arbeitsarbeiten verweigert. Die Herren Direktoren sagten über Sabotage und Erpressung. Der Erfolg war aber auf Seiten der Arbeiter. Unsere Forderungen wurden glatt bewilligt und auch die Bezahlung des Streiklages. Mit diesem Resultat vergleiche man gefälligst die — Erfolge der zentralverbändlerischen Beamten. Unser Kampf trägt gute Früchte. Die Arbeiter strömen uns zu und wollen Aufklärung über den Syndikalismus haben, sie verlangen nach Versammlungen. Die Arbeiter brauchen nur unserem Beispiel zu folgen, dann haben sie die Anfangsgründe syndikalistischer Taktik schon begriffen. Dabei werden sie natürlich mit ihren Bonzen stark zusammenzucken. Wird ihnen diese Kampftaktik durch ihre Beamten unmöglich gemacht, so müssen die Arbeiter die Konsequenzen ziehen. Sie müssen den Verbänden und anderen Harmonieorganisationen den Rücken kehren und sich organisieren in der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten). Hier bei uns haben die Arbeiter völlig freies Streikrecht, hier vermischt jeder Ortsverein die Mitgliederbeiträge selbst, hier hat kein Ortsvorstand und kein Hauptvorstand über Anfang und Ende von Streiks zu befinden. Billi Anführer. Die Ortsverwaltung der Verwaltungsjahre Wehler möchte dem zum Nachdenken folgendes hinzufügen: Die Syndikalisten haben im ganzen Kreis Wehler nur ein Mitglied. Da die Bewegung fast gleichzeitig im ganzen Kreis ausbrach, ist es für jeden denkenden Menschen klar, daß der obige Artikel eine bewußte Fälschung ist. Dies es mit dem Zustromen der Massen ansieht, haben die Syndikalisten am 7. 9. 1920 bewiesen. War doch eine öffentliche Versammlung am genannten Datum einberufen, wo die Massen die alle sehr genaue Aufklärung über den Syndikalismus erhalten sollten. Die Versammlung konnte wegen zu gutem Besuch nicht abgehalten werden. Erschienen waren ungefähr 10 Kollegen, darunter verschiedene Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Vorsitzende des Heizer- und Maschinenistenverbandes. Die anwesenden Kollegen hatten die feste Absicht, dem Arbeiterzerplitterer ganz entschieden entgegenzutreten. Der Prediger des Syndikalismus zog dann auch sehr verächtlich von dannen. Den Kollegen in den Betrieben möchten wir empfehlen, diesen Handlungsmanöver des Kapitals auf die Finger zu setzen und jede Zerplitterung, gleichviel von welcher Seite sie kommt, abzulehnen. Die Parole muß sein, nicht neue Organisationen gründen, sondern den letzten Mann in den Deutschen Metallarbeiter-Verband bringen, um so eine geschlossene Einheitsfront zu bilden. Nur eine geschlossene Organisation kann der Arbeiterschaft in ihrem Kampf eine Stütze sein.

**Magdeburg.** In letzter Zeit sind aus dem Kreise der Kollegen Anfragen an uns gerichtet worden, welchen Stand die Löhne für die Kollegen in Rordberg Magdeburg gegenwärtig anweisen. Wir können dem Wunsch gern nach und weisen darauf hin, daß für den Bereich des IV. L.-R. mit dem Arbeitgeberverband des Gewerbes am 23. August d. S. folgender Lohnvertrag vereinbart wurde: Für Orthopädiemechaniker und Sandagisten, die einen dreijährigen Lehrgang durchgemacht haben, pro Stunde 3,75 M, für solche, die einen vierjährigen Lehrgang durchgemacht haben, und bis zum vollendeten 19. Lebensjahre 4 M, von 20 bis 22 Jahren 5 M, von 23 bis 24 Jahren 5,75 M, über 24 Jahre 6,25 M. Für Facharbeiter aus der Metall- und der Lederbranche beträgt der Einheitslohn bis 30 Pf. weniger pro Stunde. Nach drei Monaten er Beschäftigung wird der Einheitslohn der gelehrten Mechaniker und Sandagisten gezahlt. Der Lohn ist mit dem 23. August 1920 in Kraft und kann jederzeit mit einer vierwöchentlichen Frist gekündigt werden. Sollte der Vertrag von einer Seite gekündigt werden, so sind vor Ablauf der Kündigungsfrist neue Verhandlungen anzubahnen. Wir bitten die Kollegen der in Frage kommenden Orte, dies beachten zu wollen und für Durchführung der Vereinbarung zu sorgen.

**Orthopädiemechaniker.**

**Magdeburg.** In letzter Zeit sind aus dem Kreise der Kollegen Anfragen an uns gerichtet worden, welchen Stand die Löhne für die Kollegen in Rordberg Magdeburg gegenwärtig anweisen. Wir können dem Wunsch gern nach und weisen darauf hin, daß für den Bereich des IV. L.-R. mit dem Arbeitgeberverband des Gewerbes am 23. August d. S. folgender Lohnvertrag vereinbart wurde: Für Orthopädiemechaniker und Sandagisten, die einen dreijährigen Lehrgang durchgemacht haben, pro Stunde 3,75 M, für solche, die einen vierjährigen Lehrgang durchgemacht haben, und bis zum vollendeten 19. Lebensjahre 4 M, von 20 bis 22 Jahren 5 M, von 23 bis 24 Jahren 5,75 M, über 24 Jahre 6,25 M. Für Facharbeiter aus der Metall- und der Lederbranche beträgt der Einheitslohn bis 30 Pf. weniger pro Stunde. Nach drei Monaten er Beschäftigung wird der Einheitslohn der gelehrten Mechaniker und Sandagisten gezahlt. Der Lohn ist mit dem 23. August 1920 in Kraft und kann jederzeit mit einer vierwöchentlichen Frist gekündigt werden. Sollte der Vertrag von einer Seite gekündigt werden, so sind vor Ablauf der Kündigungsfrist neue Verhandlungen anzubahnen. Wir bitten die Kollegen der in Frage kommenden Orte, dies beachten zu wollen und für Durchführung der Vereinbarung zu sorgen.

**Orthopädiemechaniker.**

**Magdeburg.** In letzter Zeit sind aus dem Kreise der Kollegen Anfragen an uns gerichtet worden, welchen Stand die Löhne für die Kollegen in Rordberg Magdeburg gegenwärtig anweisen. Wir können dem Wunsch gern nach und weisen darauf hin, daß für den Bereich des IV. L.-R. mit dem Arbeitgeberverband des Gewerbes am 23. August d. S. folgender Lohnvertrag vereinbart wurde: Für Orthopädiemechaniker und Sandagisten, die einen dreijährigen Lehrgang durchgemacht haben, pro Stunde 3,75 M, für solche, die einen vierjährigen Lehrgang durchgemacht haben, und bis zum vollendeten 19. Lebensjahre 4 M, von 20 bis 22 Jahren 5 M, von 23 bis 24 Jahren 5,75 M, über 24 Jahre 6,25 M. Für Facharbeiter aus der Metall- und der Lederbranche beträgt der Einheitslohn bis 30 Pf. weniger pro Stunde. Nach drei Monaten er Beschäftigung wird der Einheitslohn der gelehrten Mechaniker und Sandagisten gezahlt. Der Lohn ist mit dem 23. August 1920 in Kraft und kann jederzeit mit einer vierwöchentlichen Frist gekündigt werden. Sollte der Vertrag von einer Seite gekündigt werden, so sind vor Ablauf der Kündigungsfrist neue Verhandlungen anzubahnen. Wir bitten die Kollegen der in Frage kommenden Orte, dies beachten zu wollen und für Durchführung der Vereinbarung zu sorgen.

**Rundschau**

**Ein Appell an die Gewerkschafter.**

Kollegen! So wie ihr, sind auch eure Kinder verdammt, dem Kapitalismus zu trotzen, als Kopf- und Handarbeiter sind sie bezufen, dem Kapital die Jugend zu opfern. Wenig bietet ihnen das Leben. Wo in dem Elternhause der freigewerkschaftlichen Gedanke richtig bewertet, gelehrt und gepflegt wurde, ist es selbstverständlich, daß der junge Kopparbeiter sich organisiert im Zentralverband der Angestellten. Aber viel wurde gesündigt von euch Alten, nicht immer pflanzte ihr den freigewerkschaftlichen Gedanken in das Herz eurer Kinder, wo er als reife Frucht den Weg zur „richtigen“ Organisation zeigt. Gerade wir Handangeestellten leiden unter den Sünden der Vergangenheit und unter der Gleichgültigkeit der Gegenwart.

Faßt immer fest es Proletariatskinder, die unter den Augen der Väter und Mütter den Weg in die bürgerlichen Verbände gefunden haben und zu Feinden des freigewerkschaftlichen Gedankens werden. Unter den wichtigsten Vorwänden wird oftmals die Organisation geschwächt.

Es ist ein beschämendes Gefühl, dies immer und immer feststellen zu müssen.  
Selbst uns, ihr alten Gewerkschafter!  
Veranlaßt unter allen Umständen eure Töchter und Söhne, soweit sie als Kopparbeiter in Frage kommen, sich dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.

**Zentralverband der Angestellten.**

**„Revolutionäre“.**

Aber die in Frage kommende Fabrikation von Waffen in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband versucht, die dort beschäftigten Einrichter aus den Betrieben zu einer Betriebsversammlung zusammenzuführen und sie eventuell aus den Betrieben zu nehmen. Dabei stellte sich aber heraus, daß von den dort beschäftigten Einrichtern und Schlossern 24 Mann der Betriebsorganisation angehören und 6 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die 6 Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes waren in der Versammlung anwesend und wollten der Order ihrer Organisation, keine Waffen mehr herzustellen, Folge leisten, wogegen die Mitglieder der „revolutionären“ Betriebsorganisation der Parole der Direktion folgten, die folgendermaßen lautete:

„Die Deutsche Metallarbeiter-Verband beruft Versammlungen ein, um unsere Produktion zu unterbinden. Wer in diese Versammlungen geht, der untergräbt seine eigene Existenz, d. h. er verliert sein Brot.“

Diese Parole griffen die „revolutionären“ Arbeiter auf und blieben deshalb der Versammlung fern. Alle unsere Bemühungen, persönliche Rücksprache mit diesen „revolutionären“ Leuten nehmen zu können, blieben erfolglos, weil sie zum größten Teil nicht den Hauptausgang des Gebäudes besahen, sondern auf Umwegen den Nachhauseweg antraten.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie es um den revolutionären Sinn der Mitglieder der Betriebsorganisation bestellt ist. Mit Worten sind sie revolutionär, aber in der Tat treten sie das mit Frühen, wofür sich die wahrhaft revolutionäre Arbeiterschaft mit größtem Eifer einsetzt und Opfer bringt.

**Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**

(B. a. G., Hamburg.)

**Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat August 1920.**

Einnahmen:  
Von den Filialen eingekandt 81 191,69 M. Beitragl von Einzelmitgliedern 2648,50. Mieten 1268,20. Rückvergütung von der Sterbekasse 25 000,—. Sonstiges 2868,40. Zusammen 112 861,78 M.

Ausgaben:  
An die Filialen gefandt 3880,— M. Krankengeld an Einzelmitgliedern 1241,—. Sterbegeld an Einzelmitgliedern 150,—. Verwaltungskosten inkl. Generalversammlung 377 282,04. Sonstiges 988,05. Zusammen 389 491,09 M.

Abschluß:  
Ausgaben . . . . . 889 491,09 M.  
Einnahmen . . . . . 112 861,78 M.  
Rehrausgaben . . . . . 277 129,36 M.  
Kassenbestand am 1. August 1920 . . . 4 957 129,54 M.  
„ „ „ 31. „ 1920 . . . 4 080 000,18 M.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Hoffwendungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (B. a. G.), Hamburg 1, Wefenbinderhof 70, zu richten.  
Mit Gruß  
F. Wetters, Hauptkassierer.

**Mitteilung des Verlags!**

Die Ortsverwaltungen des D. Metallarb.-Verb., welche die Bestellungen des **Metallarbeiter-Notizkalenders für 1921** noch nicht aufgegeben haben, werden ersucht, dies ungekündigt zu tun, damit den Wünschen der Verbandsmitglieder auf rechtzeitige Lieferung der Kalender entsprochen werden kann.

Stuttgart, 30. August 1920. **Alexander Schlicke & Co.,**  
Verlag des Metallarbeiter-Notizkalenders.

**Sonstige Anzeigen**

**Balanzierer, 2 tüchtige, erfahrene,** auf Zeller, Lamellen und einstufige Trommeln für dauernde, volle Beschäftigung sofort gesucht. Bewerbungen mit Angaben, wo und wie lange fröhlige Fachbeschäftigung bisher ausgeübt, an **Allgem. Maschinen-Ind. Arie (Separatorenfabrik) Dardurg a. E.**

**Graveure.** Wir stellen noch weitere tüchtige Graveure für verteilte Arbeit auf Formern in dauernde Stellung ein. Ledige Leute können infolge Wohnungsnot nur berücksichtigt werden.  
**Deutsche Jahrfabrik-Gesellschaft Wienand & Comp.,**  
Sprendlingen, Kreis Offenbach a. M.

**Maschinen-Feilenhauer,** jüngerer, tüchtiger (ledig) für Flexion oder geucht. **Robert Schäfer,** Feilenfabrik, Frankenthal i. Pfalz.

**Maschinenhauer,** tüchtige, ledige, perfekt auf Formern, Schnellläufermaschinen, Saphat und Schlicht, finden in Alford dauernde Stellung. **Albert Eigtart, Ludwigshafen a. Rh.**

**Maschinenhauer,** tüchtige, auf Formernmaschinen geucht. **Julius Wugholz Söhne, Feilenfabrik, Mei.**

**Modellplattenmacher** jüngerer Arbeiter, firm in Metall- und Eisplatten, in dauernde Stellung geucht. Da Wohnungsnot, Unberücksichtigung bevorzugt. **Ges. eisbahnl. Anlagen mit Lohnsprüden, Zeugnisadressen an Niederschlesisches Eisenwerk, G. m. b. H., Landau i. S. d. R.**

**Vorarbeiter,** tüchtiger, selbständiger, lediger, für unsere Straußgießerei geucht. Derselbe muß auf Grund eigener Formern- und Maschinenkenntnisse durchzuführen können und mit allen Gattierungen, Analysen und Sandaufbereitung vertraut sein. Nur Rekrutanten, die diesen Anforderungen gewachsen sind, wollen sich unter Beifügung von Referenzen, Ansprüchen und Bild melden.  
**Keller & Comp., Maschinenfabrik und Eisengießerei, Heilbrunn a. d. B.**

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.